Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 30.10.2017
Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:24 Uhr
Sitzungsort: großer Rathaussaal

Anwesend:

BÜRGERMEISTER

Siller, Eberhard

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.

Bier, Angela

Böhm, Karola

Bruns, Gudrun

Dietel, Hans-Jürgen

Dietrich, Maximilian, Dr.

ab lfd. Nr. 656

Döhla, Eva

Fleischer, Wolfgang

Fuchs, Heike

Hering, Andrea

Herpich, Christian

Hübschmann, Michael

Kellner, Rainer

Kilincsoy, Aytunc

Knieling, Jürgen

Krassa, Michael

Lentzen, Matthias

Lockenvitz, Felix

Mergner, Matthias

Meringer, Reinhard

Mielentz, Jörg

Rambacher, Albert

Scherdel, Bernd

Schoerner, Christine

Schrader, Ingrid

Schwärzel, Heidemarie

Singer, Matthias

Ulshöfer, Jochen

von Rücker, Jörg

Wietzel, Dieter

Wittig, Andrea

Wunderlich, Hülya

Zeh, Dominik

Zwurtschek, Esther

Ortssprecher

Bogler, Hilmar

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Pischel, Franz

Abwesende und entschuldigte Personen:

OBERBÜRGERMEISTER

Fichtner, Harald, Dr.

BÜRGERMEISTER

Strößner, Florian

STADTRÄTE

Dumann, Joachim

Etzel, Thomas

Schrader, Klaus, Dr.

Zschätzsch, Bettina

Fachbereichsleiter

Fischer, Peter

Schriftführerin:

Ute Schörner-Kunisch

651 Eröffnung

In Vertretung des Oberbürgermeisters, der sich derzeit im Urlaub befindet, eröffnet Bürgermeister S i l l e r die 40. Vollsitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die weiteren Entschuldigungen von

Frau Stadträtin Z s c h ä t z s c h,

Herrn Stadtrat D u m a n n,

Herrn Stadtrat E t z e l,

Herrn Stadtrat D r. S c h r a d e r

und

Herrn Bürgermeister S t r ö ß n e r

aus privaten Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 39. Vollsitzung des Stadtrates vom 25. September 2017 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Die Protokolle über die 38. Vollsitzung des Stadtrates vom 24. Juli 2017 und über die 7. Sitzung des Ferienausschusses vom 29.08.2017 wurden nicht beanstandet und gelten daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
33 Stadratsmitglieder	

**652 Antrag Nr. 97 der FAB-Stadratsfraktion:
Behandlung des Themas Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund nach
Hof im Stadtrat;
Resolution des Stadtrates für eine gerechtere Verteilung und Stop weiterer Zuwei-
sungen in die Stadt Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der FAB-Stadratsfraktion vom 05.10.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

Herr Bürgermeister Siller ergänzt, dass bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.11.2017 der Antrag behandelt werden soll.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
33 Stadtratsmitglieder	

**653 Antrag Nr. 98 der CSU-Stadtratsfraktion:
Prüfung der Ausweisung eines Neubaugebietes westlich der Leopoldstraße in Höhe der Endhaltestelle Heideweg**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
33 Stadtratsmitglieder	

**654 Antrag Nr. 99 der SPD-Stadtratsfraktion:
Einrichtung einer modernen Parkraumbewirtschaftung**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.10.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
33 Stadtratsmitglieder	

**655 Antrag Nr. 100 der SPD-Stadtratsfraktion:
Kontaktaufnahme mit dem Deutschen Jugendherbergswerk bzgl. einer neuen Ju-
gendherberge für die Stadt Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.10.2017 war bereits in der örtlichen Tages-
presse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet wer-
den.

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
34 Stadtratsmitglieder	

656 Erlass einer zweiten Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan sowie Finanzplan

Vortrag:

Der Haushalt 2017 wurde vom Stadtrat in der Sitzung am 20.02.2017 verabschiedet. Nachdem das Genehmigungsschreiben bei den Verpflichtungsermächtigungen im kameralen Kernhaushalt vom Beschluss am 20.02.2017 abwich, beschloss der Stadtrat am 24.04.2017 die Haushaltssatzung unter den Vorgaben des Regierungsschreibens erneut. Die Satzung wurde daraufhin ausgefertigt und am 26.04.2017 im „Hof-er Anzeiger“ amtlich bekanntgemacht. Sie trat damit am 01.01.2017 in Kraft. Am 26.06.2017 wurde eine erste Nachtragshaushaltssatzung für 2017 vom Stadtrat beschlossen, um sich abzeichnende Mehrausgaben beim Bauvorhaben Eisteich sowie weitere Investitionsmaßnahmen gegenüber dem bisherigen Haushaltsplan 2017 zu definieren. Eine Erhöhung der Kreditaufnahme war damit nicht verbunden, so dass auch eine Anpassung des Finanzplanes verzichtet wurde. Eine Genehmigung dieser Nachtragshaushaltssatzung durch die Regierung von Oberfranken war nicht erforderlich.

Nach Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 GO hat die Gemeinde eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden müssen. Nach der Kommentierung zu Art. 68 GO ist bei einem Haushaltsvolumen von knapp 219 Mio. € (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammengerechnet) dann ein erheblicher Umfang bei den Ausgabensteigerungen erreicht, wenn 1 % der Gesamtausgaben überschritten werden. Dies wären ca. 2,2 Mio. €. Im Bereich der Sozialausgaben ist eine erhebliche Ausgabenerhöhung bei der Leistungsbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft nach § 22 Abs. 1 SGB II (Hartz IV) mit 3,065 Mio. € zu kalkulieren. Zusätzlich bedarf es einer Nachtragshaushaltssatzung nach Art. 68 Abs. 2 Nr. 3 GO, wenn bisher nicht veranschlagte Investitionen von nicht unerheblichem Umfang geleistet werden sollen. Das für 2018 geplante Hubrettungsfahrzeug für die Feuerwehr muss bereits 2017 beschafft werden. Aus diesen Gründen schlägt die Verwaltung den Erlass einer zweiten Nachtragshaushaltssatzung vor.

Weitere Ausgabenmehrungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt können über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und der Grunderwerbssteuer finanziert werden. Lediglich die Beschaffung des Hubrettungsfahrzeugs muss mit einer zusätzlichen Kreditaufnahme von 491.500 € finanziert werden.

Der Gesamthaushalt 2017 ist nunmehr mit 218.910.510 € in Einnahmen und Ausgaben formell ausgeglichen.

Der Verwaltungshaushalt weist ein Volumen von 156.872.310 € aus. Die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt wird nunmehr mit 7.422.140 € (statt bislang 6.732.800 €) eingeplant. Der Vermögenshaushalt weist nunmehr ein Volumen von 62.038.200 € auf.

Die einzelnen Veränderungen der Ansätze können dem beiliegenden Nachtragshaushaltsplan entnommen werden.

Im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen wird die bereits genehmigte Verpflichtungsermächtigung für 2018 für die Anschaffung des Hubrettungsfahrzeugs durch die vorgezogene Beschaffung hinfällig.

Die Gesamtverschuldung der Stadt Hof erhöht sich durch die zusätzliche Kreditaufnahme zum Jahresende 2017 auf 115.011.589 €. Nachdem die in den beiden Nachtragshaushaltsplänen aufgenommenen Veränderungen nunmehr doch bedeutsam sind, wurde ein neuer Finanzplan erstellt. Dieser zeigt jedoch, dass die Gesamtverschuldung der Stadt Hof bis Ende 2020 sich auf 124,3 Mio. € begrenzt. Im Finanzplan vom Februar waren zum 31.12.2020 noch 126,7 Mio. € prognostiziert. Nachdem die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt im Finanzplanungszeitraum weiterhin dargestellt werden

kann, wird erwartet, dass die Regierung von Oberfranken die geringfügige Krediterhöhung genehmigen wird.

In den Wirtschaftsplänen der Regiebetriebe werden keine Änderungen vorgenommen.

Der Stellenplan 2017 bleibt unverändert.

Beschlussvorschlag zur Festsetzung der 2. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2017

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.10.2017 wurde das Beratungsergebnis vom 09.10.2017 dem Stadtrat *einstimmig/mehrheitlich* zur Beschlussfassung empfohlen. Als Ergebnis der Vorberatungen wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

1. Der 2. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Hof samt Anlagen wird nach den Entwürfen der Stadtkämmerei beschlossen.
2. Auf Grund des Art. 68 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Stadt Hof folgende 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

§ 1

(1) Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird hiermit festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um €	vermindert um €	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. des Nachtrages gegenüber bisher €	auf nunmehr € verändert
a) im Verwaltungshaushalt der Stadt Hof				
die Einnahmen	4.631.970	-	152.240.340	156.872.310
die Ausgaben	4.631.970	-	152.240.340	156.872.310
b) im Vermögenshaushalt der Stadt Hof				
die Einnahmen	1.589.340	-	60.448.860	62.038.200
die Ausgaben	1.589.340	-	60.448.860	62.038.200

(2) Der Wirtschaftsplan des Bauhofs für das Haushaltsjahr 2017 wird nicht geändert.

(3) Der Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz für das Haushaltsjahr 2017 wird nicht geändert.

(4) Der Wirtschaftsplan des Krematoriums für das Haushaltsjahr 2017 wird nicht geändert.

§ 2

(1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt der Stadt Hof wird von 18.218.560 € um 491.500 € auf 18.710.060 € erhöht.

(2) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan des Bauhofes in Höhe von 1.994.360 € wird nicht geändert.

- (3) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz mit 577.000 € wird nicht geändert.
- (4) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan des Krematoriums mit 0 € wird nicht geändert.

§ 3

- (1) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt der Stadt Hof wird von 32.081.640 € um 670.000 € auf 31.411.640 € reduziert.
- (2) Im Wirtschaftsplan des Bauhofes werden Verpflichtungsermächtigungen unverändert nicht festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Verpflichtungsermächtigungen unverändert nicht festgesetzt.
- (4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Verpflichtungsermächtigungen unverändert nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für Gemeindesteuern, die in der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze bei den Realsteuern (Hebesatz-Satzung) vom 7. Dezember 2016 festgesetzt wurden, werden nicht geändert.

§ 5

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan der Stadt Hof in Höhe von 20.000.000 € wird nicht geändert.
- (2) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Bauhofes werden daneben unverändert nicht beansprucht.
- (3) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden daneben unverändert nicht beansprucht.
- (4) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Krematoriums werden daneben unverändert nicht beansprucht.

§ 6

Der Stellenplan wird nicht geändert.

§ 7

Diese 2. Nachtragshaushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2017 in Kraft.

Beschlussvorschlag zum Finanzplan zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.10.2017 wurde das Beratungsergebnis dem Stadtrat *einstimmig/mehrheitlich* zur Beschlussfassung empfohlen. Als Ergebnis der Vorberatung wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

Der nach Art. 70 GO und § 24 KommHV-K aufzustellende Finanzplan zum Nachtragshaushaltsplan 2017 wird in der Fassung vom 21.09.2017 gemäß Art. 70 und Art. 32 Abs. 2 Nr. 5 GO beschlossen.

Aussprache:

Für Herrn Stadtrat **F l e i s c h e r** sei bemerkenswert, dass man die gestiegenen Ausgaben mit den Mehreinnahmen bei den Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen hätte ausgleichen können. Weiterhin stellt er fest, dass die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2020 rund 2,5 Mio. Euro weniger Schulden vorsehen würde, was ebenfalls eine Verbesserung bedeuten würde. Darüber freue sich die CSU-Fraktion und stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Frau Stadträtin **D ö h l a** erklärt, dass auch die SPD-Fraktion der Nachtragshaushaltssatzung zustimmen werde. Die Gründe für diese zweite Nachtragshaushaltssatzung seien nachvollziehbar. Positiv sei die gestiegene Zuführung an den Vermögenshaushalt zu bewerten.

Frau Stadträtin **B r u n s** erinnert, dass die FAB-Fraktion den Haushalt 2017 aufgrund der mangelnden Parkraumbewirtschaftung im Rathausviertel, im Hinblick auf den Rathausanbau, abgelehnt hätte. Dieses Problem sei bis heute noch nicht gelöst. Weiterhin hätte man feststellen müssen, dass diverse Steigerungen zu einer Erhöhung der Kredite geführt hätten. Als Beispiel führt sie die Rathäuserweiterung an, die bisher noch nicht einmal begonnen wurde, sowie die Steigerung der Sozialausgaben. Der erhöhte Zuzug von Flüchtlingen sei nach wie vor ein Problem für die Stadt Hof und man müsse sich gut überlegen, wie man seine Forderungen gegenüber der Bundesregierung formuliere. Diese beiden Gründe würden die FAB-Fraktion zur Ablehnung der 2. Nachtragshaushaltssatzung veranlassen.

Herr Bürgermeister **S i l l e r** verdeutlicht, dass der Zuzug von anerkannten Flüchtlingen im September 2017 auf 20 Personen zurückgegangen sei. Man hoffe, dass es so bleibe, die Zahlen für Oktober liegen jedoch noch nicht vor. Die ersten Maßnahmen der Staatsregierung scheinen aber zu greifen.

Frau Stadträtin **S c h o e r n e r** stellt klar, dass der Nachtragshaushalt nur Pflichtleistungen enthalte, zu deren Leistung die Stadt verpflichtet sei. Zu kritisieren seien höchstens Umgehungsstraßen, die man sich leisten wolle oder Sportstätten, die überdimensioniert geplant seien. Sie gehe davon aus, dass man von den 3 Mio. Euro durch den Bund einen großen Teil rückerstattet bekomme. Dem Nachtragshaushalt wäre an und für sich zuzustimmen, aber der sich anschließende Finanzplan fuße auf dem Haushalt 2017, der von ihr abgelehnt worden sei. Daher werde sie in der Konsequenz auch diese 2. Nachtragshaushaltssatzung ablehnen.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** bescheinigt eine intelligente Haushaltswirtschaft und hält fest, dass sehr viel auf den Weg gebracht werden würde. Nach wie vor sei er gegen den Rathausanbau, der seiner Meinung nach nochmals auf den Prüfstand müsse.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses stimmt der Stadtrat mehrheitlich mit 8 Gegenstimmen (FAB-Fraktion, Stadträtin Schoerner und Stadtrat Meringer) dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Der 2. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2017 und der Finanzplan (Stand 25.09.2017) bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 27 Nein 8

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller zugleich Vortragender
34 Stadtratsmitglieder	

657 Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2016)

Vortrag:

Nach Art. 94 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens 5 v. H. der Anteile des Unternehmens gehören.

Dieser Bericht ist dem Stadtrat vorzulegen. Es muss ortsüblich darauf hingewiesen werden, dass jeder Einsicht nehmen kann.

Der Bericht stellt sicher, dass die Stadt Informations- und Kontrollbefugnisse auch dann ausübt, wenn sie nicht selbst, sondern ein von ihr kontrolliertes Unternehmen in Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe tätig wird.

Der vorgelegte Bericht zum Stand 31.12.2016 beruht auf den vorgelegten Jahresabschlüssen und -berichten der einzelnen Unternehmen und enthält insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Zusammensetzung der Organe der jeweiligen Gesellschaften und
- die Ergebnisse der vorliegenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen.

Beschlussvorschlag:

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Der anliegende Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2016) ist Bestandteil dieser Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss nimmt der Stadtrat vom Beteiligungsbericht zustimmend Kenntnis und stimmt einstimmig zu.

Der Beteiligungsbericht bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

**658 Generalsanierung der Staatlichen Fachoberschule - 1. BA;
Baumeisterarbeiten;
Auftragsvergabe**

Vortrag:

Die Baumeisterarbeiten wurden im Rahmen eines offenen Verfahrens nach § 3 EU Nr. 1 VOB/A in Verbindung mit § 3a EU Abs. 1 VOB/A ausgeschrieben.

Die Vergabeunterlagen wurden von 4 Firmen von der Vergabeplattform der Stadt Hof heruntergeladen.

Zur Angebotseröffnung am 05.10.2017 lagen 2 Angebote vor.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch die Stadt Hof, FB 60 – ZAV, (Prüfung der formalen Ausschlussgründe und rechnerische Prüfung) und FB 66 – Hochbau (fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergeben sich folgende Angebotssummen:

1.	Fa. Karl Roth Baumeister GmbH & Co. KG, 95632 Wunsiedel	989.398,59 €
2.	Fa. Fritsch Hoch- und Tiefbau GmbH, 33607 Bielefeld	1.105.094,71 €

Der Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, besitzt die nach § 16b EU VOB/A erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit und verfügt über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel.

Die Angebotssumme von 989.398,59 € liegt, konjunkturell bedingt, über dem Rahmen der Kostenberechnung.

Es wird versucht, die Mehrkosten durch Einsparungen bei anderen Gewerken auszugleichen.

Die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme stehen auf der Haushaltsstelle 26000.94010 (Generalsanierung der Staatlichen Fachoberschule) zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Baumeisterarbeiten, an die Firma Karl Roth Baumeister GmbH & Co. KG, Hornschuchstraße 22, 95632 Wunsiedel, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, in Höhe der Angebotssumme von

989.398,59 €

inkl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Aussprache:

Herr Stadtrat U l s h ö f e r stellt fest, dass mit diesem Projekt der Schulstandort Hof weiter gestärkt werden würde. Dies sei eine Investition in die Jugend und somit auch in die Zukunft der Stadt. Klar sei, dass man diese Maßnahmen nur durchführen könne, wenn Geld vorhanden sei und man einen Haushalt hätte. Die CSU-Fraktion hätte dem Nachtragshaushalt zugestimmt und werde auch dieser Vorlage zustimmen. Er hoffe, dass der Bau zügig und erfolgreich durchgeführt werden könne.

Herr Stadtrat K e l l n e r merkt an, dass der Ansatz ein Drittel niedriger gelegen hätte als die jetzigen Kosten. Dies sei ein Anzeichen dafür, womit man bei künftigen Bauprojekten in den nächsten Jahren zu rechnen hätte. Ob man künftig bei Kosteneinsparungen anderer Gewerke, diese Erhöhungen auffangen könne, bezweifle er. Man müsse sich bewusst sein, dass man bei künftigen Bauvorhaben mehr Geld ausgeben müsse, als man veranschlage.

Anmerken möchte er noch, dass bei der heutigen Ablehnung des Nachtragshaushaltes durch die FAB-Mitglieder, auch Mittel für die Sanierung der FOS/BOS betroffen gewesen seien und gerade die Sanierung dieser Schule durch mind. ein Mitglied der FAB gefordert worden sei. Er erinnere die FAB-Fraktion an ihre Verantwortung gegenüber den Schulen und auch dem Stadtrat.

Herr Stadtrat R a m b a c h e r erwidert, dass die Sanierung bereits seit fünf bis sechs Jahren im Gespräch sei, daher empfinde er die Aussage von Herrn Kellner als Frechheit. Die FAB habe deutlich gemacht, welche Gründe gegen die Nachtragshaushaltssatzung gesprochen hätten und diese hätten mit der Sanierung der FOS/BOS nichts zu tun.

Er möchte sich, auch im Namen der ganzen Schule, dafür bedanken, dass die dringend notwendige Sanierung nun endlich begonnen worden sei. In dieser Schule sei, im Gegensatz zu anderen Schulen, sei 35 Jahren nichts passiert. Er bestätigt eine gute Zusammenarbeit mit dem Bauamt, man stimme sich gut ab, damit der Schulablauf nicht gestört werde. Dafür bedankt er sich recht herzlich.

Herr Bürgermeister S i l l e r verdeutlicht, dass die FOS/BOS in der Vergangenheit behandelt worden sei wie jede andere Schule auch. Er erinnert daran, dass das alte Schulgebäude der FOS/BOS am Longoliusplatz zu allererst saniert worden sei.

Er müsse Herrn Kellner recht geben, dass die FAB sich dafür bedanken müsse, dass der restliche Stadtrat heute das Geld für die Sanierung der FOS/BOS zur Verfügung gestellt hätte.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt, auf Empfehlung des Bauausschusses, dem vorstehenden Beschlussvorschlag einstimmig zu.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Siller
34 Stadtratsmitglieder	

659 Ganztagsbetreuung in der Stadt Hof

Anfrage:

Herr Stadtrat **F l e i s c h e r** bezieht sich auf einen Artikel der Frankenpost vom 18.10.2017 und möchte wissen, wie der Sachstand bezüglich der Ganztagsbetreuung in der Stadt Hof sei.

Herr Bürgermeister **S i l l e r** antwortet, dass an sämtlichen Schulen in der Stadt Hof verschiedene Ganztagsangebote vorhanden seien. Insgesamt hätte man 1.270 Plätze, die von 1.076 Schülern genutzt werden würden. Somit hätte man an den verschiedensten Schulen noch für manche Schüler Platz. Dazu kämen noch die 13 Hortgruppen mit 271 Plätzen, die ebenfalls Schulkinder betreuen würden. Auch dort wären noch Plätze frei.

Am Ende jeden Schuljahres würde eine Umfrage bei den Eltern den Bedarf des kommenden Schuljahres abfragen. Nach diesem Ergebnis würde dann die Stadt Hof einen Antrag bei der Regierung von Oberfranken stellen und den Eigenanteil zusichern. Danach erfolgt die Genehmigung durch die Regierung. Somit sei, zumindest nach dem aktuellen Stand, der Bedarf an Ganztagsbetreuung in der Stadt Hof derzeit gedeckt.

* * *

zur Kenntnis genommen

Anwesend:
Vorsitzender: Bürgermeister Siller 34 Stadtratsmitglieder

660 Terminierung Verkehrsbeiratssitzung vor Weihnachten

Anfrage:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** möchte wissen, ob und ggf. an welchem Tag noch vor Weihnachten eine Sitzung des Verkehrsbeirat stattfinden würde.

Er hätte Punkte, die er in einer Sitzung des Verkehrsbeirates ansprechen möchte. Er sei vor allem von Busfahrern darauf hingewiesen worden, dass an der Haltestelle Hauptstraße in Jägersruh bei starkem Regen eine große Pfützenbildung entstehen würde.

Im Zusammenhang mit dem neuen Buswartehäuschen im Nahverkehrszentrum an der Christoph-Klauß-Straße sei die Frage aufgekommen, ob man dort nicht eine Tempo-30-Zone ausweisen könne.

Außerdem würde er gerne die LKW-Führung durch abgeschlossene Wohnbereiche, wie z. B. den Theresienstein, diskutieren.

Weiterhin werbe er dafür, dass eine Minderheitenposition in einer gesamtöffentlichen Diskussion nicht flapsig abgehandelt werde. Auch diese müsse ernst genommen werden.

Herr Bürgermeister **S i l l e r** versichert, dass eine Sitzung terminiert werde, wenn genügend Themen zu behandeln sind.

* * *

zur Kenntnis genommen

Anwesend:
Vorsitzender: Bürgermeister Siller 34 Stadtratsmitglieder

661 Anfragen zur Bürgerversammlung am 10.10.17

Anfrage:

Herr Stadtrat M e r i n g e r bezieht sich auf seinen Fragenkatalog, den er zur Bürgerversammlung am 10.10.2017 eingereicht hätte und dieser nicht beantwortet worden sei.

Er bitte darum, dass auch seine Fragen ernst genommen werden würden, da seine Fragen wichtige Themen ansprechen würden.

* * *

zur Kenntnis genommen

g.w.v.

Siller
Bürgermeister

Ute Schörner-Kunisch
Schriftführerin